

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 2/1980 – Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Obwohl sich in den vergangenen Monaten die Anzeichen gemehrt haben, die auf eine bevorstehende konjunkturelle „Abkühlung“ in der Bundesrepublik hindeuten, lassen die Produktions- und Auftragsziffern eine akute Abschwächung der vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Situation bis jetzt noch nicht erkennen. Der Höhepunkt der Konjunktur ist überschritten, Aufträge und Industrieproduktion stagnieren aber auf einem hohen Niveau.

Die Auslastung der industriellen Kapazitäten nimmt nicht weiter zu, der „Normalzustand“ der sechziger Jahre wurde aber immer noch nicht ganz erreicht.

Während die private Nachfrage nur noch verhalten expandiert, stellt insbesondere die private Investitionstätigkeit eine Stütze der Konjunktur dar. Erst wenn die Auslastung der Kapazitäten deutlich sinkt, ist auch hier mit einem Einbruch zu rechnen. Eine solche Entwicklung ist allerdings bis jetzt noch nicht zu erkennen.

Die Tarifrunde 1980 ist in den letzten Wochen mit einigen allerdings wichtigen Ausnahmen zu Ende gegangen. Die vereinbarten Tarifierhöhungen liegen zwischen 6,5 und 7 Prozent. Zwar werden die entsprechenden Erhöhungen voraussichtlich ausreichen, um im Durchschnitt einen Rückgang der realen Arbeitsverdienste je Beschäftigten zu verhindern. Von einer Beteiligung am Produktivitätszuwachs kann dagegen keine Rede sein. Bei durchschnittlichen Preiserhöhungen um 5,5 Prozent im Jahre 1980 – so lauten inzwischen die offiziellen Prognosen – werden die Nettolöhne und -gehälter etwa im gleichen Ausmaß wachsen. Unsicherheitsfaktoren stellen dabei die Preise und die Beschäftigung dar. Denn da die Inflationsrate gegenwärtig bei über 6 Prozent liegt, ist eine ungünstigere Variante bei den Preisen nicht auszuschließen. Ein Rückgang der realen Arbeitsverdienste ist aber auch dann zu befürchten, wenn im Zuge einer konjunkturellen Verlangsamung die bezahlte Arbeitszeit durch Überstundenabbau und zunehmende Kurzarbeit sinkt.

Neben der Investitionstätigkeit stellt auch der Export bis jetzt noch einen stabilen Fak-

tor der Konjunktur dar. Die Wirtschaftspolitik bemüht sich, auch auf Kosten der Inlandskonjunktur den internationalen Konkurrenzvorsprung zu halten.

Allerdings ist die Situation der kapitalistischen Weltwirtschaft in den letzten Monaten immer ungünstiger geworden, so daß eine ungebrochene Expansion des Welthandels nicht mehr zu erwarten ist. Vor allem die Entwicklung in den USA, immer noch der größte Importeur der Welt, hat sich wesentlich verschlechtert. Dort ist in den letzten Monaten die langerwartete Krise in voller Stärke ausgebrochen. Die Arbeitslosenzahlen schnellen hoch, die Produktion geht von Monat zu Monat zurück. Gleichzeitig ist die Inflation unverändert hoch, eine baldige Rückbildung der Preissteigerungsraten ist nicht zu erwarten. Die amerikanische Wirtschaftspolitik orientiert sich aber weiterhin am Ziel einer starken internationalen Position, ist also bereit, Arbeitsplätze einem stabilen Dollar zu opfern.

In Westeuropa und Japan sind so massive Krisenzeichen noch nicht in Sicht. Lediglich Großbritannien steht am Beginn einer regelrechten Krise, bei den übrigen bedeutenden kapitalistischen Industriestaaten ist bisher erst eine leichte konjunkturelle Abschwächung sichtbar. Vertieft sich die Krise in den USA jedoch weiter, dann kann ein Übergreifen auf Westeuropa und Japan nicht ausgeschlossen werden.

Die relativ günstige Konjunktursituation in der Bundesrepublik hat bisher zusammen mit positiven saisonalen Faktoren die Tatsache verdeckt, daß es am Arbeitsmarkt schon vor Monaten zu einer „Wende“ gekommen ist. Seit dem Jahreswechsel 1979/80 nehmen in saisonbereinigter Betrachtung die registrierten Arbeitslosenzahlen wieder zu. Jüngste Prognosen rechnen mit einer Zunahme der Ziffern bis auf 1,7 Millionen Arbeitslose im Jahre 1985.

Trotzdem ist die staatliche Wirtschaftspolitik noch immer auf Restriktionskurs. Bei einer Umstrukturierung des Staatshaushalts zugunsten der Rüstungsausgaben und ausländischer „Militärhilfen“ sollen die Gesamtausgaben – vor allem im sozialen Bereich – real nicht mehr expandieren. Die

Bundesbank hat zuletzt Anfang Mai den Diskontsatz nochmals hinaufgeschraubt, um einen Zinsrückgang zu verhindern. Ziel dieser Wirtschaftspolitik ist die Stabilisierung der DM und damit der westdeutschen Position im internationalen Kräftefeld. Die Gefahr wächst, daß diese Wirtschaftspolitik ähnlich wie in den USA den Weg in die Krise beschleunigt.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Produktion
- 1.2 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Die Krise in den USA
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

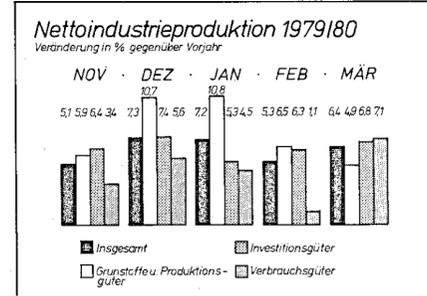
1.1 Produktion

Die industrielle Produktion lag auch in den letzten Monaten wieder deutlich über dem vergleichbaren Vorjahresstand. Dies hängt zu einem gewissen Teil mit dem durch den harten Winter 1979/80 gedrückten Produktionsergebnis Anfang 1979 zusammen. In saisonbereinigter Betrachtung hat sich das Produktionsniveau in den letzten Monaten nicht weiter erhöht, bei Schwankungen von Monat zu Monat.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Insgesamt	+5,1	+7,3	+7,2	+6,6	+6,4
Grundstoffe und Produktionsgüter	+5,9	+10,7	+10,8	+7,0	+4,9
Investitionsgüter	+6,4	+7,4	+5,3	+7,2	+6,8
Verbrauchsgüter	+3,4	+5,6	+4,5	+5,3	+7,1

¹ 1977/78 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/80, S. 65¹)



Die großen Industriebranchen können allgemein immer noch eine vergleichsweise günstige Geschäftslage verzeichnen, obwohl die Erwartungen für den weiteren Verlauf des Jahres 1980 sich deutlich verschlechtert haben. Bei Unterschieden zwischen den einzelnen Bereichen hat aber bisher noch kein Industriezweig einen ausgesprochenen Kriseneinbruch zu verzeichnen.

In der **eisenschaffenden Industrie** scheint der Aufschwung des Jahres 1979 schon wieder beendet zu sein: Zum Jahreswechsel war die Produktion leicht rückläufig, wenn auch die Jahresvergleichszahlen wegen des streikbedingten Produktionsausfalls im Dezember/Januar 1979/80 einen hohen Zuwachs vortäuschen. Für das ganze Jahr 1980 wird gegenüber 1979 aber kein Zuwachs mehr erwartet. Die Produktion dürfte zwischen 46 und 47 Millionen Tonnen Rohstahl stagnieren.

Die **chemische Industrie** kann gegenwärtig noch auf einen günstigen Geschäftsverlauf zurückblicken, die Produktion steigt weiter an. Allerdings wird von den Chemievertretern für 1980 im weiteren Jahresverlauf kaum noch ein Produktionszuwachs erwartet, es wird mit einem realen Plus von nur noch ein bis zwei Prozent gerechnet. Kräftige Preisanhebungen sorgen aber für weiterhin steigende Gewinne.

Der **Maschinenbau** hatte 1979 erstmals seit der Krise 1974/75 wieder kräftig expandiert. Diese Entwicklung hat sich bis jetzt fortgesetzt. Dabei wird für 1980 zwar eine Abschwächung der Produktionszunahme auf etwa drei Prozent erwartet, trotzdem werden die Aussichten aber insgesamt als günstig beurteilt. Dabei hofft man vor allem auf ein Andauern der relativ stabilen Investitionskonjunktur im Inland.

Erste Anzeichen eines krisenhaften Einbruchs läßt der **Straßenfahrzeugbau** erkennen. Die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen waren im ersten Quartal 1980 um fast sieben Prozent niedriger als im Vorjahr. Auch die Produktion geht zurück, im März 1980 lag sie um 6 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahresstand. Für 1980 wird ein Produktionsrückgang um sieben bis acht Prozent erwartet.

Auf einem Expansionspfad befindet sich noch die **Elektroindustrie**. Dabei ergibt sich eine deutliche Zweiteilung zwischen Investitions- und Gebrauchsgütern. Die insgesamt positive Tendenz beruht allein auf dem Investitionsgütersektor, während vor allem die Unterhaltungselektronik eher rückläufig ist. Für 1980 wird gegenwärtig immerhin ein reales Produktionsplus von vier bis fünf Prozent erwartet, nach 3,5 Prozent 1979.

Die **Textilindustrie** leidet ebenso wie das **Bekleidungs-gewerbe** unter der nur verhaltenen Ausweitung der privaten Nachfrage. Daher wird für das laufende Jahr nicht mit einer Fortsetzung der Produktionsausweitung von 1979 gerechnet, die einen Zuwachs von etwa vier Prozent brachte.

Immer noch ein hohes Produktionsniveau hat das **Baugewerbe** zu verzeichnen. Für 1980 wird immerhin noch ein Produktionszuwachs um rund vier Prozent erwartet. Die Entwicklung der Aufträge vor allem im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau zeigt aber deutlich, daß im zweiten Halbjahr 1980 eine Abschwächung der Bautätigkeit zu erwarten ist. Für 1981 wird teilweise ein tiefer Einbruch der Bauproduktion erwartet.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 5,1	+ 7,3	+ 7,2	+ 5,3	+ 6,4
Eisenschaffende Industrie	+ 7,7	+53,0	+16,4	- 1,1	-
Chemische Industrie	+ 3,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 4,2	-
Maschinenbau	+ 8,1	+ 9,9	+ 9,9	+10,9	+ 5,6
Straßenfahrzeugbau	+ 7,9	+ 3,3	+ 1,7	- 0,6	- 2,2
Elektrotechnik	+ 4,3	+ 5,9	+ 1,3	+ 5,6	+14,3
EDV-Geräte	+10,0	+12,2	- 0,7	+17,5	-
Textilgewerbe	+ 4,0	+ 6,4	+ 7,4	+ 7,0	+ 7,7
Bekleidungs-gewerbe	- 7,4	- 1,4	- 2,9	- 3,1	-
Bauhaupt-gewerbe	+ 4,8	+16,5	+29,5	+23,3	+11,6

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 4/80)

Ähnlich wie die Produktion verharren auch die Auftrags-eingänge auf einem hohen, in der saisonbereinigten Tendenz allerdings nicht mehr zunehmenden Niveau. Von Monat zu Monat ergeben sich jeweils erhebliche Veränderungen, besonders bei den Auslandsaufträgen; Dies darf nicht überbewertet werden, da die Auftragsstatistik von vielen Ungenauigkeiten und Willkürlichkeiten gekennzeichnet ist.

Immerhin ging die Reichweite der Auftragsbestände in der Industrie zwischen Dezember 1979 und März 1980 von 3,5 auf 3,3 Produktionsmonate zurück. Die Auftragslage verschlechtert sich also eher etwas.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Nov.	+ 9,2	+3,2	+12,5	+ 2,5	+8,3	+4,9	+ 6,8	+ 0,0
Dez.	+ 4,7	-1,3	+12,8	+ 2,4	+0,1	-3,2	+ 7,6	+ 0,8
Jan.	+14,9	+7,6	+19,0	+ 7,0	+8,0	+7,1	+18,9	+10,7
Febr.	+16,0	+8,4	+27,4	+14,3	+7,8	+5,0	+19,5	+11,0
März	+ 9,3	+2,3	+11,2	+ 0,6	+8,2	+3,8	+ 9,5	+ 1,8

(1) Zu jeweiligen Preisen; (2) Preisbereinigt
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, 1/8)

Die Auftragsentwicklung stützt sich sowohl auf Auslands- wie auf Inlandsbestellungen, ausgeprägte Differenzen zwischen den beiden Bereichen sind nicht festzustellen. Der – saisonbereinigt – starke Rückgang der Auslandsaufträge im März scheint nur eine Reaktion auf den starken Anstieg im Februar gewesen zu sein; Wahrscheinlich spielen hier buchungstechnische Verzerrungen eine Rolle.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

Inland	Verarbeitendes Gewerbe insges.		Investitions-güter	Verbrauchsgüter
	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitions-güter		
Nov.	+ 8,2	+11,4	+ 8,3	+ 6,5
Dez.	+ 4,2	+10,5	+ 0,1	+ 7,0
Jan.	+13,3	+19,3	+11,4	+18,2
Febr.	+14,3	+23,5	+ 9,5	+18,5
März	+ 8,3	+10,8	+ 6,6	+ 8,8

Ausland				
Nov.	+10,5	+14,9	+ 9,0	+ 7,8
Dez.	+ 5,6	+17,6	+ 0,4	+11,7
Jan.	+18,6	+18,5	+18,0	+23,4
Febr.	+20,3	+35,5	+12,9	+25,1
März	+11,6	+11,8	+11,2	+13,3

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 4/80)

Die Auftrags- und Produktionsstatistiken deuten beide bis jetzt auf ein Anhalten der vergleichsweise günstigen Konjunkturlage in den nächsten Monaten hin, ohne daß aber neue Expansionsimpulse festgestellt werden könnten.

1.2 Geld- und Kapitalmarkt

Schon im letzten Jahr deuteten verschiedene Anzeichen auf eine Verlangsamung in der Entwicklung der Nachfrage nach Krediten hin. Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, hat sich dieser Tendenzumschwung auf dem Kreditmarkt verstärkt. War er bis zum dritten Vierteljahr 1979 nur auf den Bereich „öffentliche Haushalte“ begrenzt, so hat er sich später auch auf den Sektor „Unternehmen und Private“ ausgedehnt.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1978			1979			1980 ¹		
	Dezember			März			Dezember		
	Milliarden DM			Veränderungen gegenüber Vorjahr in %			Milliarden DM		
Kredite an inländische Nichtbanken – Unternehmen und Private	1212,0	1351,2	1360,6	11,5	11,5	10,6			
– Öffentliche Haushalte	926,7	1039,5	1048,4	10,5	12,2	11,4			
Netto-Auslandsforderungen	285,3	311,7	312,2	15,1	9,3	8,9			
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ²	130,2	105,1	104,6	- 1,1	-19,3	-17,6			
Sparenlagen und -briefe	685,6	760,1	788,7	9,4	10,9	9,8			
Geldvolumen (M ₁)	249,4	267,6	266,4	7,9	7,3	6,1			
	656,6	696,2	676,5	11,0	6,0	6,0			

¹ Vorläufige Zahlen
² Einschließlich „Zentralbankinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, 1/8)

1979 und Anfang 1980 sind die Netto-Auslandsforderungen beträchtlich gesunken; Besonders stark war der Rückgang bei den Kreditinstituten, wo er sich zwischen Ende 1978 und Ende 1979 auf 17 Milliarden DM belief, während die Netto-Bestände der Bundesbank im gleichen Zeitraum um acht Milliarden zurückgingen.

Die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten verläuft parallel zur Entwicklung der Kreditnachfrage. Ihre Beschleunigung im Jahre 1979 ist größtenteils der Entwicklung der Bankschuldverschreibungen zu-

zuschreiben, die – ohne Bestände der Kreditinstitute – um mehr als 20 Prozent gegenüber 1978 gestiegen sind. Die Banken selbst haben die positive Funktion der Beschleunigung der Geldkapitalbildung als zusätzlichen Faktor der restriktiven Geldpolitik der Deutschen Bundesbank, die seit anderthalb Jahren betrieben wird, gewertet. So schreibt die Berliner Handels- und Frankfurter Bank: „Jede Mark, die als Geldkapital zu den Kreditinstituten fließt – sei es in Form von Termingeldern mit einer Befristung von vier Jahren und darüber, von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist, von Sparbriefen oder von Inhaberschuldverschreibungen der Banken – vermindert die Geldmenge. Wenn beispielsweise ein Wirtschaftssubjekt von einer Bank Kommunalobligationen erwirbt, erhöht sich das Geldkapital, zugleich nimmt die Geldmenge um den betreffenden Betrag ab. Damit wirkt die Geldkapitalbildung wie eine Geldmengenbremse... Zwischen der öffentlichen Verschuldung und der Struktur der Geldkapitalbildung besteht also ein unmittelbarer Zusammenhang. Staatsschulden sind, in der pointierten Formulierung von Professor Karl Häuser, dem Leiter des angesehenen Instituts für Kapitalmarktforschung in Frankfurt, „Zentralbankgeld auf Termin“. Gerade deshalb aber, so sollte man hinzufügen, ist es äußerst wichtig, daß auch in Zukunft die Geldkapitalbildung als Geldmengenbremse funktioniert. Denn nur wenn die Geldmengenbremse zieht, entsteht zugleich auch ein Gegengewicht zu den expansiven Effekten, die von der öffentlichen Verschuldung auf die Geldmenge ausgehen“ (Die Geldmengenbremse, in „Wirtschaftsdienst“, Nr. 1208, vom 15. März 1980).

Der obengenannten Zunahme der Bankschuldverschreibungen ist auch die Entwicklung am Rentenmarkt zu verdanken; sonst wäre der Absatz von festverzinslichen Wertpapieren 1979 viel niedriger ausgefallen, auch weil die Emissionen von Anleihen der öffentlichen Hand sich gegenüber 1978 fast halbiert hat. Die Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ zeigt, daß 1978 und 1979 der gesamte Absatz von öffentlichen Rentenwerten (Anleihen der öffentlichen Hand und Kommunalobligationen) deutlich geschrumpft ist. Das bedeutet also, daß die öffentliche Hand den Kapitalmarkt „verschont“ hat und daß man nicht von dem sogenannten Verdrängungseffekt sprechen kann, demzufolge die Zunahme der öffentlichen Verschuldung die Privataufnahme am Kredit- und Kapitalmarkt verdrängen würde. Auf der Erwerbsseite sind die Kreditinstitute 1979 praktisch verschwunden, was wiederum ihre angespannte Liquiditäts- und Finanzierungs-lage bestätigt.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1977		1978		1979		1980 ¹	
	Jahr		Jahr		1. Vj.		1. Vj.	
Anleihen der öffentlichen Hand	21256	11420	6011	162	312			
Kommunalobligationen	16134	15734	15196	6812	6689			
Sonstige Bankschuldverschreibungen	12805	13702	21155	5889	5905			
Industrieobligationen	- 418	-1024	-1116	- 232	- 481			
Ausländische Rentenwerte	4551	3553	3726	321	2941			
Absatz = Erwerb insgesamt	54328	43385	44972	12952	15366			
darunter: Kreditinstitute	32278	21446	3740	1961	2013			
Inländische Nichtbanken	22088	17789	39301	11588	13864			

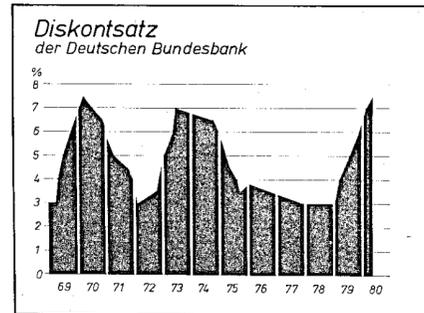
¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, 1/8)

Der Aktienmarkt ist seit Anfang 1979 durch eine gedrückte Stimmung gekennzeichnet; Zwischen Dezember 1978 und März 1980 sind die Aktienkurse um 13 Prozent gefallen; die Börsenumsätze haben von 34 Milliarden 1978 auf knapp 26 Milliarden 1979 abgenommen; die Aktienfonds der Kapitalanlagegesellschaften haben eine Nettorückgabe

von Zertifikaten von 163 Millionen DM verzeichnet, während sie im Vorjahr noch einen Zufluß von 613 Millionen DM aufwiesen (im 1. Quartal dieses Jahres hat die Rückgabe 285 Millionen betragen).

Die bürgerlichen Kommentatoren führen diese Entwicklung der Aktienbörse auf die steigenden Renditen am Rentenmarkt zurück, die wiederum ein Resultat der restriktiven Politik der Bundesbank sind. Obwohl „knappes Geld gilt für die Aktienkurse ist“, beharren sie auf der Notwendigkeit der Beibehaltung des derzeitigen Kurses der Notenbank. So schreibt etwa „DIE ZEIT“: „Da auf längere Sicht das Defizit der Leistungsbilanz ohnedies nur beseitigt werden kann, wenn wir mehr exportieren und unsere Einfuhren drosseln, ist eine vorübergehende Politik hoher Zinsen auch aus diesem Grunde angebracht: sie führt zu einer Verlangsamung der inländischen Nachfrage. Das zwingt viele Unternehmen dazu, Produkte, für die sie zu Hause keinen Käufer finden, zusätzlich zu exportieren. ‚Was wir brauchen‘, dozieren für die Bonner Währungs- und Kreditpolitik zuständige Finanzstaatssekretär Manfred Lahnstein, ‚ist eine starke Mark‘. Diesem Ziel dient in der Tat auch die derzeitige schmerzliche Politik der Bundesbank – ein Glück, daß die deutsche Wirtschaft gesund genug ist, diese Schmerzen zu ertragen.“ (Böse Miene zum guten Spiel, in „DIE ZEIT“, Nr. 17, vom 18. April 1980.)

Daß die Bundesbank diesen – vor allem für die Arbeitsplätze „schmerzlichen“ – Kurs auch bei sich abschwächender Konjunktur und wieder ansteigender Arbeitslosigkeit zunächst beizubehalten gedenkt, machte sie Anfang Mai deutlich, als sie – entgegen der internationalen Tendenz – den Diskontsatz nochmals um ein halbes Prozent auf 7,5 Prozent heraufsetzte. Sie erreichte damit ein Niveau, das bisher in der Geschichte der Bundesrepublik nur einmal für kurze Zeit, nämlich mitten im Boom im Jahre 1970, realisiert worden war. Ziel dieser restriktiven Wirtschaftspolitik ist nicht in erster Linie die Stabilisierung der Preise, wie es seit dreißig Jahren immer wieder vorgegaukelt wird, sondern die nachhaltige Dämpfung der inländischen Nachfrage und die Forcierung der Warenausfuhr, die die DM und damit die wirtschaftliche und politische Position des deutschen Imperialismus stärkt.



Der Sekundärmarkt für festverzinsliche Wertpapiere ist „verstimmt“: die Rentenkurse fallen fast ununterbrochen seit April 1978; die Börsenumsätze sind von fast 38 Milliarden DM 1978 auf 30 Milliarden 1979 zurückgegangen. Das Unbehagen am Anleihemarkt zeigt sich auch an der Entwicklung des Mittelauflommens bei den Kapitalanlagegesellschaften: 1979 hat der Verkauf von Zertifikaten der Rentenfonds nur 2,2 Milliarden DM erbracht gegenüber 5,2 Milliarden im Vorjahr; im ersten Quartal des laufenden Jahres ist es sogar zu einer Nettoabgabe der Zertifikate um fast 600 Millionen DM gekommen.

Die Zinssätze zeigen seit etwa zwei Jahren eine Aufwärtstendenz. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung bei den Renditen der öffentlichen Anleihen: seit April 1978 sind die Renditen von 5,2 Prozent auf 9,4 Prozent im März dieses Jahres gestiegen.

Erst in den letzten Wochen scheint sich hier eine Tendenzumkehr vollzogen zu haben, die zu einer gewissen Stabilisierung der Renditen geführt hat.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
	in %		
	29. 12. 1972 = 100		
1978			
1. Vj.	6,24	5,4	106,5
2. Vj.	6,11	5,4	105,3
3. Vj.	6,13	6,0	110,7
4. Vj.	6,17	6,2	113,0
1979			
1. Vj.	6,25	6,7	111,3
2. Vj.	7,00	7,5	105,1
3. Vj.	8,10	7,6	104,5
4. Vj.	9,14	7,9	101,0
1980			
1. Vj.	10,04	8,7	99,7

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
² Statistisches Bundesamt
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, IId.)

1.3 Investitionen

Die private Investitionstätigkeit stellt gegenwärtig die wichtigste Stütze der Konjunktur dar. Dies dürfte auch noch für die nähere Zukunft zutreffen, obwohl es darüber widersprüchliche Aussagen gibt. So ermittelte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in einer Umfrage bei großen Industriefirmen eine 1980 nur leicht verminderte „Investitionsneigung“. Demnach werden die industriellen Investitionen 1980 noch um real 7 bis 8 Prozent zunehmen. Dem widerspricht allerdings die Einschätzung der Mietfinanz GmbH, einer großen Finanzierungsgesellschaft: dort wird im weiteren Verlauf des Jahres 1980 sogar mit einer Stagnation der industriellen Investitionstätigkeit gerechnet.

Diese gegensätzlichen Aussagen zeigen, auf wie unsicheren Füßen die amtlichen Prognosen der Wirtschaftsentwicklung stehen. Es kann angenommen werden, daß eine stabile Entwicklung der Investitionstätigkeit zunächst die sich ankündigende Konjunkturabschwächung in gewissen Grenzen halten würde. Kommt es jedoch auch bei den Investitionen zu einem Einbruch, so müßte eine regelrechte Krise erwartet werden. Trotz der in den beiden letzten Jahren belebten Investitionstätigkeit liegt das Niveau der Akkumulation von Sachkapital immer noch wesentlich niedriger als in den sechziger Jahren. Dies wird sich auch in den nächsten Jahren nicht entscheidend ändern. Die Investitionsquote, d. h. der Anteil der industriellen Investitionen am Industriumsatz, hat zwar gegenüber dem Tiefpunkt der Jahre 1976 und 1977 wieder etwas zugenommen, liegt aber weit unter dem Durchschnitt der Jahre vor der Krise 1974/75.

Investitionsquote der Industrie¹

1965-70	1970-74	1975-79	1980-84 ²
5,5	5,5	4,0	4,2

¹ Bruttoanlageinvestitionen in % des Umsatzes
² Schätzung des Ifo-Instituts
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst, 9/1 1980)

Die Entwicklung der Kapazitätsauslastung als wichtigster kurzfristiger Orientierungspunkt der Investitionstätigkeit deutet eher auf eine bevorstehende Verlangsamung der Investitionen hin: Im März waren die industriellen Anlagen demnach zu 85,9 Prozent ausgelastet, ebenso hoch wie im Dezember 1979. Dies ist immer noch etwas weniger als der durchschnittliche Auslastungsgrad der Jahre 1960 bis 1973, der vom Ifo-Institut als „normal“ bezeichnet wird. Selbst im konjunkturellen Höhepunkt wird also gegenwärtig ein früher als durchschnittlich angesehener Auslastungsgrad nur knapp erreicht – ein charakteristisches Merkmal der in den siebziger Jahren grundlegend veränderten Wachstumsperspektiven des Kapitalismus.

1.4 Die Krise in den USA

Die USA spielten wirtschaftlich gesehen in den letzten Jahren eine gewisse Sonderrolle. Nach der Krise 1974/75 konnten sie einen ver-

gleichsweise kräftigen, ununterbrochenen Aufschwung registrieren, der zwar ihre sozialen Probleme auch vorübergehend nicht löste, aber immerhin ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum gewährleistete.

Industrieproduktion der USA¹

1974	1975	1976	1977	1978	1979
109,7	100,0	110,8	117,3	124,0	129,2

¹ Index 1975 = 100
 (Quelle: OECD, Main economic indicators, IId.)

Während die USA 1979 die Produktion von 1975 immerhin um fast 30 Prozent übertrafen, konnte z. B. die Bundesrepublik nur einen Zuwachs von knapp 19 Prozent verbuchen.

Die Arbeitslosigkeit konnte zwar nicht beseitigt werden, immerhin war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit in den USA¹

1974	1975	1976	1977	1978	1979
5076	7830	7288	6856	6047	5963

¹ In 1000 Personen
 (Quelle: ebenda)

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank immerhin um fast 2 Millionen unter den Krisenstand, die Arbeitslosenquote ging von 8,5 Prozent 1975 auf 5,8 Prozent 1979 zurück.

Auch die Preisentwicklung verlangsamte sich zunächst, ein Prozeß, der allerdings schon 1977 beendet war. Den Löhnen gelang es in der Aufschwungsperiode nur zeitweilig, mit den Preisen Schritt zu halten. Zwischen 1975 und 1979 stiegen die Preise um 35 Prozent, die Stundenlöhne um 39 Prozent.

Löhne und Preise in den USA¹

	1975	1976	1977	1978	1979
Konsumtrendspreise	+9,1	+5,8	+6,5	+7,6	+11,4
Stundenlöhne	+9,2	+7,7	+9,1	+8,5	+ 8,6

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
 (Quelle: ebenda)

Berücksichtigt man, daß die bezahlte Arbeitszeit in der Tendenz leicht rückläufig ist, so ergibt sich für die gesamte Periode eine Stagnation der realen pro-Kopf-Einkommen der Arbeiter und Angestellten.

Dagegen erhöhten sich die Unternehmergeinne sprunghaft. Vom Krisentiefpunkt 1975 aus bis 1979 stiegen die „Gesellschaftsgewinne nach Steuern“, wie sie in der amerikanischen Statistik erhoben werden, um 105 Prozent, also um mehr als das Doppelte. Es handelte sich also um einen ausgesprochenen Boom der Gewinne, der auch mit einer deutlichen Steigerung der Produktion verbunden war, von Anfang an aber den Keim der Disproportionalität zwischen Produktion und Konsumtion in sich trug. Er ging an den Löhnen und Gehältern und damit an der Massenkaufkraft fast völlig vorbei. Gestützt wurde der private Verbrauch lediglich durch die in den USA sehr hohe Konsumtenverschuldung. Die Neuverschuldung der Konsumenten verdoppelte sich von monatlich etwa 13 Milliarden Dollar im Jahre 1975 auf 26 Milliarden Dollar 1979.

Trotzdem expandierte die Konsumgüterproduktion zwischen 1975 und 1979 nur um etwa 21 Prozent, also deutlich unterdurchschnittlich. Vor allem in den Jahren 1977 bis 1979 war kaum noch eine Zunahme zu verzeichnen.

Zwar ging die Belegung 1975/76 zunächst von einer verstärkten Konsumnachfrage aus – hier scheinen Nachholeffekte eine Rolle gespielt zu haben – die relative Länge des Aufschwungs basierte aber ganz entscheidend auf der Investitionstätigkeit, während der private Konsum fast stagnierte. Erst Anfang 1979 kam es zu einer Wende: Seit dem ersten Vierteljahr 1979 nimmt die Industrieproduktion nicht mehr zu. Allerdings erfolgte im weiteren Jahresverlauf von 1979 nicht der erwartete Rückschlag. Die Produktion stagnierte auf dem Niveau vom

Jahresanfang, die Kapazitätsauslastung ging nur leicht zurück. Auch die Arbeitslosigkeit hielt sich zunächst noch auf dem bis Anfang 1979 erreichten Niveau.

Erst in den letzten Monaten brach die Krise in den USA voll aus. Die industrielle Produktion geht von Monat zu Monat zurück und liegt inzwischen deutlich unter dem Vorjahresstand. Die industrielle Kapazitätsauslastung sank im April 1980 auf 81 Prozent und lag damit um mehr als vier Prozent unter dem Vorjahresstand und um drei Prozent unter dem Wert vom Jahresbeginn.

Industrieproduktion der USA 1980

	Index 1975 = 100	Veränderung in % gegenüber Vorjahr
Januar	129,6	+0,8
Februar	129,4	+0,8
März	128,4	-1,2
April	126,0	-1,6

(Quelle: ebenda; Presseberichte; eigene Berechnungen)

Während sich die Preisentwicklung weiter beschleunigt – die Konsumgüterpreise übersteigen den Vorjahresstand gegenwärtig um mehr als 14 Prozent – bleiben die Stundenlöhne weit dahinter zurück. Sie liegen gegenwärtig um etwa 7 Prozent über dem Vorjahresstand. Der Rückgang der realen Pro-Kopf-Einkommen ist aber in Wirklichkeit noch stärker als 7 Prozent, da auch die Zahl der Arbeitsstunden je Beschäftigten sinkt.

Der schon 1979 zu verzeichnende Rückgang der Reallohne wirkt sich nun vor allem im Konsumgüterbereich aus. Bemerkenswert ist, daß die Unternehmen in den USA 1979 eine besonders kräftige Erhöhung der Nettogewinne zu verzeichnen hatten: nach 16 Prozent 1978 stiegen sie 1979 um 19 Prozent. Dies ist zu einem erheblichen Teil auf den Gewinnboom der Erdölkonzerne zurückzuführen.

Infolgedessen geht vor allem die Nachfrage nach Verbrauchsgütern zurück. Die Hauptkrisenbranchen sind die Automobilindustrie und der Wohnungsbau. Die Automobilproduktion lag schon im März um 25 Prozent unter dem Vorjahresstand und sinkt weiter. Der Wohnungsbau befindet sich inzwischen auf einem so niedrigen Niveau, daß ein weiterer Rückgang kaum noch möglich erscheint.

Aber auch andere Konsumgüterbereiche haben schon seit Monaten rückläufige Produktionsziffern zu verzeichnen.

Die Arbeitslosenzahlen steigen wieder ruckartig an. Im April erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 6,2 Prozent im März auf 7,0 Prozent: Dies sind etwa 800 000 Arbeitslose mehr innerhalb eines Monats.

Die Entwicklung der letzten Monate läßt es unwahrscheinlich erscheinen, daß die Krise in den USA den von der Regierung erhofften milden Verlauf nimmt. Ein kräftiger Einbruch ist wahrscheinlicher.

Die staatliche Wirtschaftspolitik hat bisher alles getan, um die Konjunktur weiter abzumildern. Durch eine Dämpfung der Inflationsraten – so erhoffen es sich die Verantwortlichen – wird sich die internationale Position des Dollar und damit der USA wieder stabilisieren. Der aggressive Außenpolitik entspricht eine rigide Wirtschaftspolitik der Restriktion, die hohe Arbeitslosigkeit und sinkende Reallohne in Kauf nimmt.

Erstmals seit 12 Jahren soll der US-Staatshaushalt 1981 kein Defizit mehr aufweisen: Bei steigenden Rüstungsausgaben werden die Sozialausgaben stark gedrosselt. Es wird sich allerdings bald zeigen, daß die Hoffnungen auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt auf Sand gebaut sind. Denn alle Zahlen basieren auf der Annahme einer nur milden und kurzen Rezession.

Die Zinspolitik der amerikanischen Notenbank hatte zudem das Zinsniveau innerhalb kurzer Zeit auf ein Niveau von über 20 Prozent getrieben. Dadurch gelang es zwar kurzzeitig, den Abfluß von Kapital aus den USA aufzuhalten und den Dollar zu als sensationell empfundenen Aufwertungsstärkung zu veranlassen – gleichzeitig aber wurde die Nachfrage nach Krediten so stark verteuert, daß gesamtwirtschaftliche Auswirkungen unausweichlich waren.

Die Konsumentenkredite, eine wichtige Stütze der Konsumnachfrage

in den USA, wurden fast unerschwinglich. Aber auch die Investitionsnachfrage wurde dadurch beeinträchtigt. Seit einigen Wochen gehen die Zinsen nun wieder rasch zurück, eine Folge der rückläufigen Kreditnachfrage.

Die direkten Auswirkungen der Krise in den USA auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik sind zunächst relativ gering zu veranschlagen: Nur knapp 7 Prozent der westdeutschen Exporte gehen in die USA. Bedeutsamer sind die indirekten Auswirkungen auf die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft.

Mit fast 40 Prozent der kapitalistischen Industrieproduktion stellen die USA noch immer einen entscheidenden Faktor der Weltwirtschaft dar. Und mit einem Anteil von 14 Prozent am Welthandel beeinflussen sie die wirtschaftliche Entwicklung in allen anderen kapitalistischen Ländern, vor allem in stark exportorientierten. Die sich vertiefende Krise in den USA dürfte daher früher oder später die gesamte Weltwirtschaft, zumindest ihren kapitalistischen Teil, negativ beeinflussen. Verschärft werden die Gefahren durch die mit der Krise verstärkte Diskussion über protektionistische Maßnahmen in den USA. Durch Importbeschränkungen bei Stahl, bei Chemiefasern, bei Pkw suchen die USA ihre Krisenbranchen vor der Importkonkurrenz aus Westeuropa und Japan zu schützen. Dies führt zu einer zusätzlichen Beschränkung des Welthandels und zu einer weltweiten Verengung der Absatzmärkte.

Inzwischen neigen zahlreiche bürgerliche Konjunkturrexperten in den USA zu der Ansicht, daß die bevorstehende Krise tiefer sein könnte als die von 1974/75. Solche Prognosen sind bis jetzt im wesentlichen spekulativ, aber nicht mehr gänzlich unwahrscheinlich. In einem solchen Falle muß auch für Westeuropa und die Bundesrepublik mit einer ungünstigeren Entwicklung gerechnet werden als bisher.

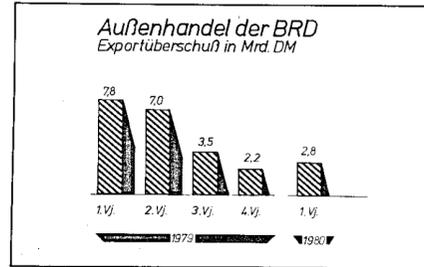
1.5 Außenwirtschaft

Bisher hat sich der westdeutsche Außenhandel trotz der zunehmenden Krisenerscheinungen in einigen großen kapitalistischen Industrieländern (vor allem in den USA und Großbritannien) weiterhin gut entwickelt. Vor allem im März 1980 wurde ein günstiges Ergebnis verzeichnet: Der Exportüberschuß stieg wieder auf 2 Mrd. DM.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 79	74,4	+10,5	66,5	+13,5	+ 7,8	-10,3
2. Vj. 79	78,6	+ 9,2	71,6	+15,8	+ 7,0	-31,4
3. Vj. 79	76,4	+12,0	72,9	+24,4	+ 3,5	-63,2
4. Vj. 79	85,2	+10,5	83,0	+27,9	+ 2,2	-82,0
1. Vj. 80	88,9	+19,5	86,1	+29,5	+ 2,8	-64,1

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, itd.)



Trotzdem wurde auch im ersten Quartal 1980 wieder ein Defizit in der Leistungsbilanz verzeichnet, eine Folge der Defizite in den Bilanzen der Dienstleistungen und Übertragungen. Die staatliche Wirtschaftspolitik konzentriert ihre Bemühungen darauf, durch eine weitere Förde-

rung der Exporte und eine Dämpfung der Inlandskonjunktur dieses Defizit so bald wie möglich wieder zu beseitigen. Vor allem die restriktive Wirtschaftspolitik soll dazu beitragen, die Inflationsrate auf einem international niedrigen Niveau zu halten. Dabei wird in Kauf genommen, daß eine solche Politik eine inländische Rezession möglicherweise verschärft.

Der Bekämpfung des Defizits in der Leistungsbilanz wird auch deshalb ein so hoher Stellenwert eingeräumt, weil es langfristig eine gewisse Gefährdung der Strategie der internationalen Expansion der bundesdeutschen Konzerne darstellen könnte. Ein dauerhafter Abfluß von Devisen aus der Bundesrepublik würde einen Abwertungsdruck auf die DM ausüben und damit Direktinvestitionen im Ausland verteuern.

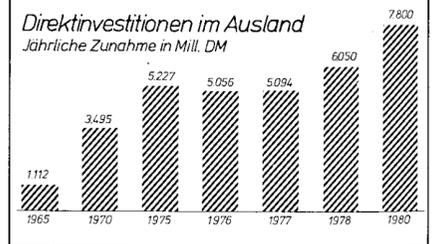
Auch würden langfristig die Mittel knapper werden, die für den Kapitalexport benötigt werden. Denn aus den Überschüssen in der Handels- und Leistungsbilanz stammen die internationalen Zahlungsmittel, die dem Erwerb von ausländischen Produktionsanlagen und Beteiligungen dienen.

Die Bedeutung des Kapitalexports in Form von Direktinvestitionen hat auch 1979 zugenommen. Mit 7,8 Mrd. DM erreichten sie einen neuen Rekord und überstiegen die umgekehrten ausländischen Investitionen in der Bundesrepublik in Höhe von 1,9 Mrd. DM um ein Vielfaches. Davon floß fast die Hälfte in die USA.

Direktinvestitionen im Ausland¹

	Jährliche Zunahme	Bestand
1965	1 112	8 317
1970	3 495	21 113
1971	2 668	23 781
1972	2 816	26 597
1973	5 638	32 235
1974	4 530	36 765
1975	5 227	41 992
1976	5 056	47 048
1977	5 094	52 142
1978	6 050	58 100
1979	7 800	66 000

¹ In Millionen DM
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 20/78, S. 9; Bundeswirtschaftsministerium lt. Pressemitteilungen)



Bei der Konzentration der Kapitalexporte auf die USA dürfte die Abwertung des Dollar eine große Rolle spielen, die das westdeutsche Engagement in der Vergangenheit erheblich verbilligt hat. Daher reagierte die Bundesbank so heftig, als zu Anfang des Jahres der Dollar sprunghaft im Wert stieg: Sie hob die Zinsen an, um einen Abfluß von Geldern in die USA und eine weitere Aufwertung des Dollar zu verhindern.

2 Unternehmergewinne

Der 1978 und 1979 zu verzeichnende Gewinnboom hat sich nach ersten Schätzungen in der letzten Zeit etwas abgeschwächt. Trotzdem wachsen die Unternehmergewinne noch immer schneller als die Löhne und Gehälter. Erst im zweiten Halbjahr 1980 soll – nach vorliegenden Prognosen – ein annähernder Gleichlauf erreicht werden.

Einkommensverteilung¹

	1978	1979	1. Hj. 1980 ²	2. Hj. 1980 ²
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
Brutto	+ 9,4	+ 9,3	+ 5,0	+ 6,0
Netto	+13,0	+10,9	+ 7,0	+ 6,0
Löhne und Gehälter				
Brutto	+ 6,4	+ 7,4	+ 8,0	+ 6,5
Netto	+ 7,5	+ 7,7	+ 6,5	+ 6,0

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
² Prognose des „Frühjahrsgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: DIW-Wochenbericht 17-18/80)

Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Kategorie „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ die Entwicklung der eigentlichen Unternehmerrgewinne nur sehr verzerrt widerspiegelt. Die etwas aussagekräftigeren Gewinnabschlüsse der Unternehmen liegen aber immer erst mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung vor, so daß die aktuelle Gewinnsituation nur schwer zu ermitteln ist. Die bis jetzt vorliegenden Jahresabschlüsse großer Konzerne machen aber zumindest deutlich, daß die Konzerne in den vergangenen Jahren große finanzielle Polster ansammeln konnten.

Konzerngewinne¹

	1978	1979	Veränderung in %
Bayer AG	306	378	+23,5
BASF	271	404	+46,1
Hoechst AG	264	344	+30,3
BMW	151	175	+15,9
SEL AG	24,5	25,2	+ 3
Thyssen AG	100	167	+67
Babcock AG	35,5	40,9	+15,2

¹ Jahresüberschuß bzw. Gewinn nach Steuern, in Mill. DM
(Quelle: Geschäftsberichte)

Diese mehr oder weniger zufällige Auswahl muß als typisch für die Gewinnentwicklung der meisten großen Konzerne gelten. Besonders günstig scheint aktuell noch die Situation in der Großchemie zu sein: Im ersten Quartal 1980 meldete Hoechst einen nochmaligen Gewinnzuwachs um 63 Prozent, Bayer um 35 Prozent und BASF um 29 Prozent. Dies ist um so bemerkenswerter, als gerade die chemische Industrie sich als Opfer der Rohölverteuerung hinzustellen versucht hatte: Sie konnte die erhöhten Rohstoffkosten tatsächlich vollständig über eigene Preiserhöhungen abwälzen.

Die Gewinnexplosion der Ökonzerne ist auch im ersten Quartal 1980 weitergegangen. Die 19 US-amerikanischen Ökonzerne konnten ihre ausgewiesenen Profite um 93 Prozent gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit erhöhen. Die Spitzengesellschaft Exxon (Esso) verdoppelte den Ertrag auf nunmehr fast 2 Mrd. Dollar. So ergibt sich für die USA auch im ersten Quartal 1980 das Bild weiterhin kräftig zunehmender Unternehmergewinne, obwohl die Krise sich inzwischen weiter ausgebreitet hat: Dies ist allein auf die steigenden Profite der Ökonzerne zurückzuführen, klammert man diese aus, so ergibt sich seit Jahresbeginn ein leichter Gewinnrückgang. Die Ökonzerne praktizieren damit ein Musterbeispiel für monopolistische Profitrendenzierung. Sie eignen sich über höhere Preise nicht nur einen Teil der Maskenkauflkraft an, sondern setzen auch die Unternehmen anderer Branchen kostenmäßig unter Druck und beschleunigen damit den Weg in die Krise.

In den Statistiken der ausgewiesenen Gewinne tauchen insbesondere die Bezüge von Vorstandsmitgliedern der Konzerne nicht auf. Sie fallen unter die Kategorie „Personalkosten“, werden statistisch also wie Löhne und Gehälter behandelt, obwohl es sich eindeutig um Gewinnbestandteile handelt. Es geht dabei um gesamtwirtschaftlich gesehen relativ kleine Summen, allerdings ist es immerhin informativ, sich ab und zu die Einkommenssituation derjenigen Konzernvertreter vor Augen zu halten, die in ihren Äußerungen die Maßlosigkeit der Gewerkschaften bei Lohnforderungen zu beklagen pflegen. In einer jährlichen Statistik informiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ über die Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge – gedacht wohl als Vergleichsmaßstab für „Aufsteiger“ im Management. Bei 660 untersuchten Aktiengesellschaften wurden demnach 1978 etwa 650 Millionen an die 2400

Vorstandsmitglieder ausgezahlt. Ehemalige Vorstandsmitglieder erhielten 260 Millionen DM in Form von „Pensionen“, schließlich bekamen etwa 6300 Aufsichtsratsmitglieder zusammen gut 100 Millionen. Diese „Elite“ der Wirtschaft erhielt also gut eine Milliarde DM an Zuwendungen für den persönlichen Bedarf. Daraus werden Durchschnittsbezüge errechnet, wobei vorauszuschicken ist, daß es hier zahlreiche Doppelzählungen gibt. Denn in der Regel pflegt ein Aufsichtsratsmandat nicht allein zu kommen!

Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge pro Kopf¹

	1968	1978	Veränderung in %
Vorstandsmitglieder	157 900	266 800	+ 69
Aufsichtsratsmitglieder	14 500	14 300	- 1

¹ In DM
(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17. 4. 80)

Die Stagnation der Aufsichtsratsbezüge hat verschiedene Ursachen – man wollte wohl auch der in den 60er Jahren geführten Diskussion über gesetzliche Beschränkungen der Tantiemen zuvorkommen. Ein anderer Grund ist die Koppelung der Aufsichtsratsantien an die Dividende: Die großen Konzerne bemühen sich in der Tendenz, die Dividendenzahlungen im Vergleich zu den einbehaltenen Gewinnen relativ zu beschränken. Infolgedessen bleiben auch die Aufsichtsratsbezüge relativ zurück.

Anzumerken bleibt, daß diese Tantiemen ohnehin nur ein kleines Zubrot für die Manager und Konzernvertreter sind und nur mit geringen Arbeitsaufwendungen verbunden sind.

Die Durchschnittszahlen insbesondere der Vorstandsbezüge sagen noch relativ wenig über die wirklichen Verhältnisse aus. Es gibt hier eine ganz klare Hierarchie der Branchen und Größenklassen.

Vorstandsbezüge nach Umsatzgrößen 1978

Jahresumsatz	Vorstandsbezüge pro Kopf in DM
Unter 25 Mill.	97 900
25 bis 100 Mill.	173 900
100 bis 1000 Mill.	253 000
Über 1 Mrd.	417 800

(Quelle: ebenda)

Hier zeigt sich der Gewinncharakter der Vorstandsbezüge ganz deutlich: Ihre Höhe hängt nicht etwa von der Arbeitsleistung, sondern von der Finanzkraft der jeweiligen Konzerne ab. Je größer der Konzern, desto höher die Bezüge. Wie groß die Unterschiede sind, zeigt auch ein Blick auf einige Spitzengesellschaften.

Vorstandsbezüge und Aufsichtsratsantien pro Kopf bei ausgewählten Gesellschaften 1978

	Vorstandsbezüge ¹	Aufsichtsratsantien ¹
Deutsche Bank	796 100	63 300
Daimler-Benz	781 200	51 500
VW	752 000	15 400
Dresdner Bank	740 700	37 500
BMW	711 500	53 300

¹ In DM
(Quelle: ebenda)

Beim Volkswagenwerk fällt auf, daß die Aufsichtsratsbezüge im Vergleich relativ niedrig sind. Dies ist typisch für eine ganze Reihe von „Publikumsaktiengesellschaften“ mit breitgestreutem Aktienbesitz: Hier wird die Dividende oft besonders niedrig gehalten. Die Vorstandsbezüge der Spitzenmanager dieser großen Gesellschaften liegen dagegen um ein Vielfaches über den Durchschnitt.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die bisher bekanntgewordenen Tarifabschlüsse des Jahres 1980 beinhalten durchschnittliche Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6,5 bis 7 Prozent. Dies sind zwar etwa 2 Prozent mehr als im Vorjahr, allerdings ist die veränderte Gesamtsituation in Rechnung zu stellen: Die Lebenshaltungskosten stiegen im ersten Vierteljahr 1979 um etwa 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, gegenwärtig liegt die Inflationsrate aber über 5,5 Prozent. Außerdem waren im vergangenen Jahr noch Entlastungsmaßnahmen bei den Lohnsteuern wirksam, ein Effekt, der in diesem Jahr entfällt. Vollzieht sich die Entwicklung im laufenden Jahr entsprechend den Prognosen der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, so wird es zu einer Stagnation der realen Arbeitseinkommen kommen: Nominalen Lohnerhöhungen um 5,5 Prozent je Beschäftigten wird eine Preissteigerungsrate von ebenfalls 5,5 Prozent gegenüberstehen.

Im ersten Vierteljahr 1980 wirkten sich die Tarifierhöhungen in der Statistik erst teilweise aus.

Tariflöhne und -gehälter¹

1978	1979	Jan.	Febr.	März
+5,6	+4,8	+4,2	+5,2	+6,3

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId)

Die durchschnittlichen Einkommen je Beschäftigten sind nach Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschungen (DIW) im ersten Vierteljahr 1980 brutto um etwa 6,5 Prozent gestiegen, d. h. netto um weniger als 6 Prozent. Infolgedessen haben sich die Arbeitseinkommen real – bei einer Inflationsrate von 5,5 Prozent – nur noch geringfügig erhöht. Günstig wirkt sich dabei noch die relativ hohe Lohndrift aus, d. h., die Effektivlöhne steigen noch deutlich rascher als die Tariflöhne.

Lohndrift¹

	1979			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Tariflöhne	+6,0	+5,8	+5,1	+5,1
Effektivlöhne	+5,2	+5,9	+6,6	+8,4
Lohndrift	-0,8	+0,1	+1,5	+3,3

¹ Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: DIW-Wochenbericht 16/1980)

Die besonders hohe Lohndrift im 4. Vierteljahr 1979 ist nur optisch: Infolge der günstigen Witterung im Winter war die Zahl der Arbeitstage in der Bauwirtschaft besonders hoch, so daß der Anstieg der Effektivlöhne besonders stark erscheint.

Die Lohndrift wird sich voraussichtlich erst im weiteren Jahresverlauf verringern, wenn es zu einer Einschränkung der Überstunden und einer Ausweitung der Kurzarbeit kommen sollte.

Durchschnittliche Bruttoverdienste 1979

	Männer		Frauen	
	In DM	In % ¹	In DM	In % ¹
Stundenlöhne ²	13,25	+5,8	9,62	+5,4
Wochenlöhne ²	562	+6,4	390	+5,8
Monatsgehälter ³	3181	+6,5	2050	+6,4

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Arbeiter in der Industrie
³ Angestellte in Industrie, Handel und Kreditgewerbe
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1980, S. 209)

Die durchschnittlichen Verdienste der Arbeiter und Angestellten sind 1979 – wohl vor allem infolge der Lohndrift – etwas stärker gestiegen als 1978. Dabei sind die Frauenlöhne und -gehälter etwas langsamer gestiegen als die der Männer, die Differenzen zu den Männerlöhnen

und -gehältern sind also gewachsen. Dies betrifft auch die Stundenlöhne, hängt also nicht nur mit der bei Frauen durchschnittlich etwas kürzeren Arbeitszeit zusammen. Es ist anzunehmen, daß die Ausweitung der Frauenbeschäftigung vor allem in den unqualifizierten Berufen erfolgt, so daß die durchschnittlichen Stundenlöhne infolgedessen in ihrem Anstieg gebremst werden.

Die krassen Unterschiede zwischen Männer- und Frauenverdiensten werden oft mit der unterschiedlichen Qualifikation begründet, wobei schon dieser „Grund“ ein Licht auf die unterschiedliche Verteilung von Lebenschancen zwischen Mann und Frau wirft.

Doch eine Betrachtung der einzelnen „Leistungsgruppen“ zeigt, daß auch bei ähnlichen Qualifikationen noch ein erheblicher Unterschied bleibt, der auch nicht mit Zuschlägen für Schwerarbeit, Nachzuschlägen usw. erklärt werden kann, die fast ausschließlich Männer erhalten.

Männer- und Frauenlöhne nach Leistungsgruppen¹

	Besetzung in Prozent		Stundenlöhne in DM	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Facharbeiter	56,4	5,5	14,02	10,52
Angelernte	32,5	46,3	12,57	9,74
Hilfsarbeiter	11,1	48,2	11,27	9,39

¹ Arbeiter in der Industrie
(Quelle: ebenda)

Es ist also nicht nur so, daß fast die Hälfte der Frauen in der Industrie als Hilfsarbeiter eingestuft sind, während das bei den Männern nur auf 11,1 Prozent zutrifft. Auch die Einkommensdifferenzen innerhalb der gleichen „Leistungsgruppen“ bleiben immer noch riesig. Auffallend ist die Tatsache, daß der Unterschied zwischen dem Stundenverdienst eines männlichen Facharbeiters und eines männlichen Hilfsarbeiters fast 3 Mark beträgt, während er sich bei den entsprechenden weiblichen Leistungsgruppen nur auf wenig mehr als 1 DM beläuft: Die Ausübung eines qualifizierten Berufs „rentiert“ sich finanziell für eine Frau also kaum.

Dies gilt in abgemildertem Umfang auch für die Angestelltenberufe. Auch hier ist die Verteilung in den vier statistisch erfaßten Leistungsgruppen sehr unterschiedlich.

Männer- und Frauengehälter nach Leistungsgruppen¹

	Besetzung in Prozent		Monatsgehälter in DM	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
II	37,2	7,5	3684	3043
III	47,5	37,2	2958	2337
IV	13,6	47,0	2220	1754
V	1,8	8,3	1903	1539

¹ Angestellte in Industrie und Handel
(Quelle: ebenda)

Auch bei den Angestellten sind also etwa 85 Prozent der Männer in den „hohen“ Leistungsgruppen II und III eingestuft, während nur 45 Prozent der Frauen dieses Ziel erreicht haben. Innerhalb der gleichen Leistungsgruppen verdienen die Frauen nochmals im Durchschnitt um gut 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Auch hier das Phänomen, daß ein beruflicher „Aufstieg“ sich für eine Frau weniger „lohnt“ als für einen Mann: Ein Aufstieg von Gruppe V in Gruppe II erhöht das Einkommen einer weiblichen Angestellten durchschnittlich um 1500 DM, eine entsprechende Entwicklung beim Mann bringt diesem fast 2000 DM mehr im Monat.

Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die weibliche Berufstätigkeit geringer bewertet wird, was sich auch in den Durchschnittseinkommen ausdrückt. Dies stellt sich sicher nur in relativ seltenen Fällen so dar, daß eine Frau für genau die gleiche Tätigkeit weniger Lohn bekommt als ihr männlicher Kollege: Das Hauptproblem ist die Unterbewertung von typischen „Frauenberufen“ im Vergleich zu entsprechenden „Männerberufen“. Als Ergebnis der Verdienstatistik kann auf jeden Fall hervorgehoben werden: Die großen Unterschiede zwischen den Einkommen von Männern und Frauen können weder durch die unterschiedliche Arbeitszeit noch durch die unterschiedliche Qualifikation erklärt werden. Auch bei gleichen „Leistungsstufen“ und bei gleicher Stundenzahl wird in „Frauenberufen“ ganz erheblich weniger verdient als in „Männerberufen“.

3.2 Steuern

Die steuerlichen Maßnahmen der vergangenen Jahre haben vor allem zu einer Verschiebung zwischen Massensteuern (Lohnsteuer und Umsatzsteuern) und Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer) geführt.

Im ersten Vierteljahr 1980 spiegelt sich dies deutlich wider.

Steuern im 1. Quartal 1980

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Lohnsteuer	+11,2
Umsatzsteuern	+17,9
Veranlagte Einkommensteuer	-3,6
Körperschaftsteuer	+0,7

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 14/1980)

Vor allem die Lohnsteuer wird sich 1980 wieder kräftig erhöhen und damit die Entlastungseffekte der letzten Jahre wieder zunichte machen. Der Charakter dieser Maßnahmen wird nun deutlich: Die Tarifveränderungen bei den Lohnsteuern führen immer nur zeitweilig zu einer Entlastung, die zum Ausgleich dafür erhöhten Umsatzsteuern – insbesondere die Mehrwertsteuer – stellen aber eine dauerhaft erhöhte Belastung dar.

Alle „Reformen“ seit 1975 haben nicht verhindert, daß die Belastung der Löhne und Gehälter durch die Lohnsteuer weiterhin gestiegen ist.

Die Progressionswirkung des Systems wurde dadurch lediglich abgebrems, nicht aber beseitigt oder wenigstens auf ein entscheidend niedrigeres Niveau gesenkt.

Lohnsteuer und Sozialabgaben¹

	Öffentliche Abgaben insgesamt		Darunter: Lohnsteuer	
	Durchschnitts-Grenzbelastung	Durchschnitts-Grenzbelastung	Durchschnitts-Grenzbelastung	Durchschnitts-Grenzbelastung
1960-65	17,53	20,35	7,56	13,66
1966-70	20,84	32,91	9,65	17,36
1971-75	26,59	36,49	13,72	20,22
1976-80	29,94	37,04	15,49	19,72
1979	29,48	26,64	15,00	11,53
1980	30,46	43,49	15,90	27,81

¹ Belastung in Prozent
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 14/1980)

Wenn 1980 mehr als 30 Prozent der Bruttolöhne und -gehälter in Form von öffentlichen Abgaben an den Staat abgeführt werden müssen, so ist dies wesentlich der steigenden Lohnsteuerbelastung, in geringerem Umfang den Sozialabgaben zu verdanken. Die Maßnahmen der letzten Jahre haben lediglich dazu geführt, das Tempo des Belastungsanstiegs etwas zu bremsen.

Die Kategorie „Grenzbelastung“ ist insofern interessant, als sie die Progressionswirkung der öffentlichen Abgaben besonders deutlich macht: Sie gibt an, wie hoch die Belastung der jährlichen Lohnerhöhung ist. Eine Grenzbelastung von 43,49 Prozent besagt also, daß bei einer Lohnerhöhung um 100 DM die abzuführenden Abgaben um 43,49 DM ansteigen oder: Von jeder zusätzlich verdienten Mark gehen mehr als 43 Pfennig an den Staat. Neben der Umverteilung der Steuerlast auf die „Massensteuern“ vollzieht sich eine Umverteilung zwischen „direkten“ und „indirekten“ Steuern. Direkte Steuern werden auf das Einkommen – Löhne, Gehälter und Gewinne – gelegt, indirekte Steuern auf den Verbrauch. Dadurch wird der „Steuerwiderstand“ verringert, d. h., es wird davon ausgegangen, daß eine auf dem Lohnstreifen nachzulassende Steuer größeren Unmut auslöst, als wenn sie „unmerklich“ im Preis der Konsumgüter versteckt ist.

Allerdings ist anzumerken, daß von der Umverteilung der Steuerlast zugunsten der „indirekten“ Steuern überwiegend die Gewinnsteuern profitieren.

Steueraufkommen nach Steuerarten¹

	1950	1960	1970	1975	1980
Direkte Steuern	26,03	37,11	42,60	47,70	49,24
darunter:					
Lohnsteuer	8,37	11,78	22,78	29,39	29,77
Indirekte Steuern	51,44	46,42	46,43	41,25	41,24
darunter:					
Umsatzsteuern	22,52	23,52	24,76	22,35	25,65
Gemeindesteuern ²	22,52	16,47	10,96	11,04	9,52

¹ Anteile in %
² Vor allem Gewerbe- und Grundsteuern, einschließlich Lastenausgleich
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 14/1980)

Die Entwicklung wird deutlicher, wenn man die Gemeindesteuern zu den direkten Steuern hinzurechnet: Dies ist insofern gerechtfertigt, als es sich dabei zu einem großen Teil um Steuern auf den Gewerbeertrag, also um Gewinnsteuern, handelt. Interessant ist hier aber weniger die Verteilung zwischen direkten und indirekten Steuern als die Tatsache, daß die beiden Massensteuern, die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer, zusammen inzwischen zu mehr als 55 Prozent das Steueraufkommen finanzieren, 1950 waren es erst 31 Prozent. Die Tendenz ist dabei weiter ansteigend. Wenn Bundesregierung und CDU/CSU für 1981 einige neue Entlastungsmaßnahmen bei den Lohnsteuern in Aussicht stellen, dann darf das nicht als soziale Maßnahme fehlinterpretiert werden: Es geht lediglich darum, bei einem insgesamt ansteigenden Finanzierungsanteil der „Massensteuern“ das relative Gewicht der „direkten“ und infolgedessen sehr „merklichen“ Lohnsteuer zugunsten der „indirekten“ und daher weniger „merklichen“ Umsatzsteuern zu verschieben.

3.3 Preise

Die Preisentwicklung steht weiterhin im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Nachdem die wichtigsten Tarifverträge abgeschlossen waren, haben Bundesregierung und andere „offizielle“ Prognostiker die Preisvoranschätzungen heraufgesetzt: War anfangs von einer Inflationsrate von 4,5 Prozent für 1980 ausgegangen worden, so wird heute mit 5,5 Prozent gerechnet. Gegenwärtig steigen die Lebenshaltungskosten in einem Tempo von über 6 Prozent im Jahresvergleich.

Lebenshaltung 1980¹

	Veränderung in % gegenüber	
	Vormonat	Vorjahr
1979	-	+4,1
1980	-	+5,5 ²
Jan.	+0,5	+5,0
Febr.	+1,1	+5,6
März	+0,6	+5,8
April	+0,6	+5,8
Mai	+0,5	+6,1

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1976, ² Schätzung der Bundesregierung
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId)

Inzwischen steigen auch die Lebensmittelpreise etwas rascher, allerdings immer noch deutlich langsamer als der gesamte Preisindex. Überdurchschnittlich klettern dagegen die Preise für Energie, aber auch die Mieten steigen inzwischen um 5 bis 6 Prozent jährlich. Das hohe und z. T. noch steigende Niveau der Lebenshaltungskosten „vorgelagerten“ Preise macht deutlich, daß mit einer baldigen Rückbildung der Inflationsrate nicht zu rechnen ist.

Allerdings scheinen die internationalen Rohstoffpreise ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die konjunkturelle Verlangsamung in den kapitalistischen Industrieländern wird bei einer Anzahl von Rohstoffen zu Preisrückgängen führen. Allerdings wird angenommen, daß das Rohstoffpreinsniveau – gemessen in Dollar – im Jahresdurchschnitt von 1980 noch um etwa 40 Prozent über dem Vorjahresstand liegen wird.

Ausgewählte Preisindizes

	Industrie-preise*		Landwirtschafts-preise		Import-preise		Großhandels-preise (2)	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
1979	-	+5,0	-	+2,0	-	+12,9	-	+ 6,9
1980								
Jan.	+1,5	+7,9	-0,3	+5,2	+5,9	+24,3	+1,9	+11,0
Febr.	+0,8	+8,0	-0,1	+4,3	+1,5	+26,6	+1,2	+11,0
März	+0,7	+7,8	0,0	+3,6	+1,1	+24,1	+0,5	+ 9,3
April	+0,9	+8,2	-	-	-	+0,3	+ 8,8	

(1) In Prozent gegenüber dem Vormonat
(2) In Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Rd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

Niedriger noch als in der Metallindustrie schlossen Ende März 1980 die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes einen Tarifvertrag ab, der 6,3 Prozent mehr Lohn und Vergütung vorsieht. Vom 25. bis zum 28. März hatten noch Zehntausende Beschäftigte an Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen teilgenommen, die vor allem gegen die Weigerung der öffentlichen Arbeitgeber gerichtet waren, einer sozialen Komponente, d. h. einem Mindestbetrag zuzustimmen. In der Großen Tarifkommission der ÖTV stimmte ein Drittel der Mitglieder gegen den Abschluß, da insbesondere die soziale Komponente sehr gering ausgefallen war (vgl. Tabelle).

Zu einer Mobilisierung und teilweise auch Warnstreiks kam es in folgenden Bereichen:

Ausgewählte Tarifabschlüsse

Monat	Bereich	Beschäftigte	Lohnstarif	Manteltarif
Febr.	Stahlindustrie	210 000	6,8 %	
Febr.	Papierverarbeitung	108 000	6,8 %, Anhebung unterer Lohngruppen	
März	Öffentlicher Dienst	2,5 Mio.	6,3 %, mind. 110 DM; Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen um 13 DM	1 bis 2 Tage mehr Urlaub
März	Versicherungen	200 000	6,8 %	Mindesturlaub: 28 Tage
März	Banken	300 000	6,8 %, Haushaltszulage von 25 DM	1 Tag mehr Urlaub, Erhöhung der Freischichten und Schichtzulagen
März	Bauindustrie	915 000	ca. 6,6 %, bes. Anhebung für Facharbeiter	
März	Druckindustrie	127 000	6,8 %, Verbesserung des Tarifschlüssels für untere Lohngruppen	
April	holzverarbeitende Industrie	-	7,2 %, zusätzl. Anhebung der unteren Lohngruppen	
April	Steinkohlenbergbau	182 000	7,15 %	Sonderzuschlag für Untertagebeschäftigte
April	Einzelhandel NRW	360 000	6,9 %, bes. Anhebung für untere Gehaltsgruppen	
April	Einzelhandel Hessen	124 000	7,0 %	
Mai	Textilindustrie Baden-Württemberg	312 000	6,9 %	Erhöhung des Urlaubsgeldes, Jahressonderzahlungen, Leistungszulagen für Zeittöchner

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigungssituation in der Bundesrepublik hat sich bis zuletzt verbessert, die Erwerbstätigkeit nimmt immer noch etwas zu. Im ersten Quartal 1980 waren etwa 300 000 Lohnabhängige mehr beschäftigt als in der gleichen Vorjahreszeit.

Dies ist zu einem erheblichen Teil auf den Beschäftigungsanstieg im öffentlichen Dienst zurückzuführen, wo die Beschäftigungspolitik – wohl auch teilweise unter dem Druck der Gewerkschaften – wieder etwas expansiver gewesen ist als unmittelbar nach der letzten Krise.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst¹

	Vollbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	Insgesamt
1974	3 648	490	4 138
1975	3 686	515	4 201
1976	3 683	533	4 216
1977	3 672	538	4 210
1978	3 728	559	4 287
1979	3 802	591	4 393

¹ Jeweils am 30. 6. des Jahres, in 1000 Personen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/80, S. 243)

– In der Hamburger Heizungsbranche fand am 24. März eine Urabstimmung statt, bei der sich 89,1 Prozent der Teilnehmer gegen das Unternehmerangebot aussprachen. Daraufhin stimmten die Unternehmer einem Abschluß zu, der eine Erhöhung von 7,45 Prozent auf den Ecklohn, eine Anhebung der unteren Lohngruppen und einen Urlaubsstufenplan mit dem Ziel 30 Tage für alle bis 1984 vorsieht.

– Mit bundesweiten Warnstreiks reagierte die IG Metall, um einen seit drei Jahren verhandelten Bundesmontagetarifvertrag für Montagearbeiter durchzusetzen. An den Aktionen am 14. und 15. April beteiligten sich auf über 700 Montagestellen ca. 4500 Arbeiter. Am 30. April kam es zu einer Einigung.

– Am 21. April fand der erste Streik in der Nachkriegsgeschichte im größten hessischen Warenhaus „Hertie“ in Frankfurt statt. An ihm nahmen ca. 1000 Beschäftigte während 4 Stunden teil. Ein Tag später kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages.

– In der Textilindustrie Baden-Württembergs streikten am 5. Mai 3800 Beschäftigte in 22 Betrieben für die gewerkschaftlichen Lohnforderungen.

Insgesamt liegen die Lohn- und Gehaltserhöhungen im letzten Quartal zwischen 6,5 und 7 Prozent. Die in dieser Tarifrunde verbreitete Forderung nach einer sozialen Komponente konnte nur in geringem Ausmaß verwirklicht werden.

Die Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie waren beim Abschluß dieses Berichts noch nicht beendet, auch hier stellte der Widerstand der Unternehmer gegen Forderungsbestandteile, die auf eine Verringerung von Lohn- und Gehaltsdifferenzen hinauslaufen, das entscheidende Hemmnis dar.

Allerdings entfällt ein erheblicher Teil der Beschäftigungszunahme in den letzten Jahren auf die Teilzeitarbeit. Die Personalausweitung zwischen 1974 und 1979 um insgesamt etwa 250 000 Personen besteht zu etwa 100 000 aus einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung.

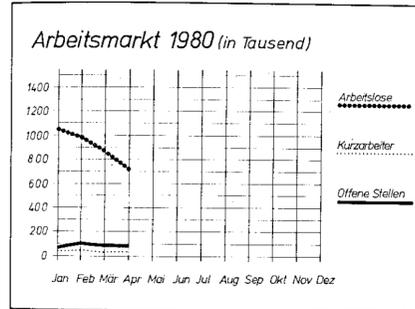
Dies gilt auch für die Gesamtwirtschaft, so daß der vergleichsweise kräftige Anstieg der Erwerbstätigkeit tatsächlich weniger stark ist, als die Beschäftigtenzahlen es ausweisen.

Der anhaltende Anstieg der Beschäftigung reicht gegenwärtig aber nicht mehr aus, um die hohen Arbeitslosenzahlen zu reduzieren. Sieht man von den saisonal bedingten Verbesserungstendenzen am Arbeitsmarkt ab, so deuten die Anzeichen vielmehr schon jetzt auf einen erneuten Anstieg der Arbeitslosenzahlen hin.

Arbeitsmarkt 1980

	Arbeitslose (1)	Kurzarbeiter (2)	Offene Stellen (1)	(2)
Jan.	1037	-135	98	-37
Febr.	993	-141	102	-65
März	876	- 82	94	-76
April	825	- 50	93	-29

(1) In 1000 Personen; (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen nehmen seit dem Jahreswechsel 1979/80 wieder zu. Nur der vergleichsweise milde Winter hat bisher die Tatsache verdeckt, daß die Bedingungen am Arbeitsmarkt sich schon seit mehreren Monaten verschlechtern.

Dies herauszustellen ist auch deshalb wichtig, weil die staatliche Wirtschaftspolitik bis jetzt die Arbeitslosigkeit bestenfalls als Frage einiger „Problemgruppen“ behandelt und die Tatsache ignoriert, daß es noch immer einen großen globalen Mangel an Arbeitsplätzen gibt. Die Tatsache, daß die registrierten Arbeitslosenzahlen – saisonbereinigt – schon jetzt wieder zunehmen, obwohl die Konjunkturlage noch günstig ist, unterstreicht die Notwendigkeit eines raschen wirtschaftspolitischen Kurswechsels: Der Schwerpunkt ist auf expansive Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und zur Belebung des Arbeitsmarktes zu legen. Damit wird weder die Arbeitslosigkeit beseitigt noch wird eine Konjunkturabschwächung vermieden werden können. Immerhin aber kann verhindert werden, daß die staatliche Wirtschaftspolitik den Weg in die Krise beschleunigt und verlängert, die Probleme des Arbeitsmarktes vergrößert und die auf die Arbeiterklasse abgewälzten Krisenlasten vergrößert.

Unterstrichen werden die wachsenden Gefahren für die Arbeitsplätze durch zwei Gutachten. Unabhängig voneinander kamen unlängst das Basler „Prognos-Institut“ und das Münchener „Ifo-Institut“ für Wirtschaftsforschung zu dem Ergebnis, daß die Arbeitslosenzahlen bis 1985 auf mindestens 1,7 Millionen steigen werden. Leider können hier keine Einzelheiten dieser Untersuchungen vorgestellt werden, da das Bundeskabinett vorerst die Veröffentlichung dieser Untersuchungen abgelehnt hat.

Obwohl solche Prognosen immer ein erhebliches spekulatives Moment beinhalten, lehrt doch ein Blick auf die westeuropäischen Nachbarländer, daß solche Zahlen keineswegs unwahrscheinlich sind. So erreichten die Arbeitslosenziffern z. B. in Großbritannien mit gut 1,5 Millionen einen Rekordstand seit 1945 – obwohl die Krise auch dort erst bevorsteht. Ähnlich ist die Lage in Italien und in Frankreich, wo die Konjunktur sogar noch vergleichsweise günstig ist. Trotzdem nehmen die Arbeitslosenziffern schon jetzt zu.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Kirg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main
Der Abschnitt 1.2 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 22. 5. 1980. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main. Für Abonnenten die Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 30,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 2,50 DM, Jahresabonnement 10,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

Soziale Bewegungen

Analyse und Dokumentation des IMSF

Arbeitskampf an neuen Fronten

Zu den Aktionen und Streiks
im Bereich der
GTB, HBV, GEW und RFFU 1979

IMSF

8

NACHRICHTEN

16. JUL 1980
Friedensrat Berlin
BIBLIOTHEK

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Juli 1980

Einzelpreis 3,- DM

XX. Jahrgang

D 3476 EX

7/80

Aus dem Inhalt:

Bundesarbeitsgerichtsurteil sanktioniert die Aussperrung	2
Werden Lohnforderungen in politischen Rahmen gepreßt?	5
„Höchste Eisenbahn“ für umfassendes Transport- unternehmen Interview mit Ernst Haar, Vorsitzender der GdED	9
OTV-Gewerkschafter wollen stärker Einfluß nehmen	10
Zwischenbilanz der Diskussion zum DGB-Grundsatzprogramm	12
DGB-Prüfsteine HBV-Vorschläge zum Grundsatzprogramm Einheitsgewerkschaft offensiv verteidigen (von Christan Götz)	13-20
DPG Hessen: Empfehlung gegen DKP-Mitglieder zurücknehmen!	21
Dortmunder Stahlarbeiter antworten Günter Döding	22
Video-Bildschirmtext – Verkabelung haben Folgen für Arbeitsplätze	25
In wichtigen Fragen folgt SPD nicht gewerkschaftlichen Vorstellungen	26
Wahlkampfgeplänkel um „Negativlisten“ / Rund 300 Medikamente auf dem Index	27
Aus dem Konflikt in Schweden haben beide Seiten gelernt	29

Für die arbeitenden Menschen unseres Landes ist es von Bedeutung, daß der DGB-Bundesausschuß am 4. Juni einstimmig 13 Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl verabschiedete (Wortlaut im Einzelheft). Er hat damit den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes korrigiert, der Anfang Mai beschlossen hatte, lediglich das im Juni 1979 verabschiedete Aktionsprogramm als Maßlatte zu benutzen.

Wenngleich die Forderungen des DGB zur Bundestagswahl sich auch jetzt noch im wesentlichen auf das Aktionsprogramm stützen, ist es besonders wichtig, daß im ersten Prüfstein der Friedenssicherung erstrangige Bedeutung beigemessen wird. Wie sehr den Unternehmern die Feststellung im Magen liegt, daß die Sicherung des Friedens das vorrangige Ziel der internationalen Politik sein müsse sowie Frieden und Entspannung die wichtigsten Voraussetzungen für eine stabile Entwicklung der Wirtschaft, den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt seien, zeigt die Reaktion des Wirtschaftsrates der CDU. Die dort vereinigte Creme der westdeutschen Großfinanz hat sich gerade diesen Prüfstein aufs Korn genommen. Es wird kritisiert, daß die Forderung nach Abrüstung und Truppenreduzierung an erster Stelle des Forderungskatalogs stehe. Der CDU-Wirtschaftsrat meint hingegen, daß gerade „die Wiederaufrüstung des Westens die Forderung des Tages“ sei. Im Vordergrund der innenpolitischen Forderungen steht auch, wie schon im Jahre 1976, die Vollbeschäftigung. Der DGB verlangt hierzu neben einer Reihe detaillierter Vorschläge auch neue Arbeitsplätze im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen. Nicht uninteressant dürfte auch die Forderung sein, das Steuersystem gerechter zu gestalten und eine Umverteilung der Gesamtsteuerlast zugunsten der unteren Einkommen zu erreichen. Auf die Beantwortung der Frage darf man gespannt sein, ob die Parteien bereit sind, jedem die Möglichkeit zu geben, mit Vollendung des 60. Lebensjahres aus dem Arbeitsleben auszuscheiden sowie die Grundlagen für die Rentenberechnung in den verschiedenen Altersversorgungssystemen fortschrittlich zu harmonisieren und ein ausreichendes Kindergeld zu gewähren, das jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung angepaßt wird. Wenngleich sicherlich jeder einzelne Gewerkschafter aus seiner Sicht wichtige Forderungen noch anhängen könnte, so dürfte schon jetzt klar sein, daß die CDU bei der Beantwortung schon dieser Prüfsteine ins Schwitzen kommen wird. Ihr Wirtschaftsrat schießt daher aus allen Rohren gegen die Prüfsteine und unterstellt in seiner Stellungnahme, daß die Gewerkschaften die hohe Arbeitslosigkeit mit verursacht haben. Ausufernder Reformismus, expansive Tarifpolitik, „konfiskatorische“ Steuern (für wen eigentlich?) sowie „überzogene“ Schutzgesetze sind seine Schlagworte. Aber auch die SPD wird bei vielen Fragen des DGB ins Stottern kommen.

Wenn die Wahlprüfsteine ihre Aufgabe erfüllen sollen, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften und die Gewerkschafter alle Parteien und ihre Kandidaten anhand der Maßlatte des DGB auf Herz und Nieren prüfen, um dann ihre Wahlentscheidung treffen zu können.